

## Der Abstimmungskampf in Oberschlesien 1920 - 1921

Vor 90 Jahren votierte die Mehrheit fürs Deutsche Reich

### Zur Vorgeschichte des Plebiszits

Rund sechs Monate nach Beendigung der Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges, am 7. Mai 1919, wurde in Versailles den Vertretern der Deutsche Reichsregierung der Entwurf des Friedensvertrages überreicht. Er sah die Abtretung ganz Oberschlesiens - ohne das Hultschiner Ländchen, das an die Tschechoslowakei fallen sollte - an das wiedererstandene Polen vor.

Die breite Öffentlichkeit nicht nur Oberschlesiens, sondern des gesamten Deutschen Reiches, wurde plötzlich wach. Obwohl es seit langem Anzeichen dafür gegeben hatte, daß große Gebietsteile der deutschen Ostprovinzen abgetrennt und an Polen angegliedert werden sollten, war man sich der Gefahr nicht bewußt gewesen. Deutschland war zu sehr mit seinen inneren Problemen beschäftigt, die in Oberschlesien durch nationale Auseinandersetzungen zusätzlich verschärft wurden.

Die polnischen Politiker - **Roman Dmowski** und **Ignacy Paderewski** in erster Linie - hatten es bereits während des Krieges verstanden, auch den Präsidenten der USA **Woodrow Wilson**, für ihre Pläne zu gewinnen. Jetzt fand Polen zusätzlich einen starken Befürworter seiner Wünsche, nämlich Frankreich.

Bereits am 9. November 1919 hatte der Parlamentarier **Albert (Wojciech) Korfanty**, der seit Anfang des Jahrhunderts die polnische Bewegung in Oberschlesien führte, die territorialen Ansprüche klar umrissen. Während einer Rede im Reichstag verlangte er die Angliederung aller polnisch besiedelten Teile der deutschen Ostprovinzen. **Korfanty** berief sich dabei auf den 13. Punkt des **Friedensmanifests Wilsons**. Dieser Punkt sah die Abtretung jener Landesteile des Deutschen Reiches vor, die von **unbestreitbar polnischer Bevölkerung** bewohnt war. Dazu gehörte aus polnischer Sicht auch Oberschlesien.

Die Polen stützten sich bei ihren Forderungen auf die 1910 in Preußen durchgeführte Volkszählung, in der auch gefragt wurde, in welcher Sprache im privaten Bereich gesprochen wurde. Da ein erheblicher Teil der oberschlesischen Bevölkerung sich auch des sog. **Wasserpölnisch** bediente, konstruierte man hieraus den Beweis eines polnischen Nationalbewußtseins. Dabei wurde unterdrückt, daß das Wasserpölnisch nicht viel Gemeinsames mit dem Hochpölnisch der Polen aus dem Kernland hat und das kaum ethnische Beziehungen zu Polen vorhanden waren. Die Polen wollten in keinem Fall eine Volksabstimmung zulassen, ein Plebiszit hätte ihren Anspruch zu Fall gebracht.

## Die Oberschlesier protestieren

Als der Friedensvertragsentwurf bekannt gegeben wurde, erhob sich ein Protest in der Bevölkerung nicht nur Oberschlesiens, sondern im gesamten Reich. In Massendemonstrationen wurde die Forderung auf die Änderung des Vertragstextes zugunsten einer Volksabstimmung laut. **Überall im Lande fanden jene denkwürdigen Umzüge und Protestkundgebungen ... statt, die niemand vergessen wird, der damals daran teilgenommen hat**, erinnerte sich der in Beuthen geborene Journalist und Politiker **Rudolf Vogel**. **Alles, was deutsch fühlte, war aufmarschiert.**

Unbestreitbar hatten die Proteste die Siegermächte beeindruckt und auch der Reichsregierung den Rücken gestärkt. Am 29. Mai 1919 übergab der Leiter der deutschen Delegation in Versailles, **Ulrich Graf von Brockdorf-Rantzau**, den Vertretern der Siegermächte die deutschen Gegenvorstellungen, in denen u.a. auf die deutsche Vergangenheit Oberschlesiens und dessen große wirtschaftliche Bedeutung für das Reich hingewiesen wurde. Die Auflehnung blieb nicht ohne Wirkung: Die Alliierten beschlossen, erneut über Oberschlesien zu beraten.

Die Entscheidung lag in der Hand des **Rates der Vier**: des amerikanischen Präsidenten **Woodrow Wilson**, des britischen Premierministers **David Lloyd George**, des französischen Premierministers **Georges Clemenceau** und des Ministerpräsidenten Italiens **Vittorio E. Orlando**. Von Beginn der Verhandlungen an zeigte sich, daß Frankreich alles daran setzte, den polnischen Wünschen entgegenzukommen, um einerseits den *Erzfeind* Deutschland zu schwächen, und andererseits der Bedrohung durch das bolschewistische Rußland mit Hilfe eines **cordon sanitaire**, zu dem ein starkes Polen gehören sollte, wirksam entgegenzutreten. Auch wirtschaftliche Interessen spielten eine große Rolle. Die Polen hatten nämlich, im Falle der Inbesitznahme Oberschlesiens, Frankreich einen nahezu unbeschränkten Zugang zur dortigen Industrie versprochen.

Daß der Einspruch gegen den Vertragsentwurf zumindest auf **Lloyd George** nicht ohne Einfluß gewesen war, zeigte sich in dramatischen Diskussionen, in denen der britische Premierminister nachdrücklich die Selbstbestimmung für Oberschlesien verlangte und der französische Ministerpräsident weiterhin auf bedingungslose Übergabe beharrte. Schließlich entschied der **Rat der Vier** am 1. Juni 1919 die Durchführung einer Volksabstimmung im größten Teil Oberschlesiens unter Aufsicht der Alliierten. Das Hultschiner Ländchen im südlichen Teil des Kreises Ratibor (3115 qkm Fläche und fast 50.000 Einwohner) sollte jedoch an die Tschechoslowakei und Teile des Kreises Namslau, das sog. Reichthaler Ländchen, an die Polen ohne Plebiszit abgetreten werden.

Die Entscheidung der Alliierten enttäuschte die Polen sehr. Sie griffen zur Gewalt. In der Nacht vom 17. zum 18. August 1919 begann der Überfall, polnischerseits als **erster Aufstand** bezeichnet, der das Ziel hatte, Oberschlesien im Handstreich zu erobern. Reguläre Militäreinheiten, die jenseits der Grenze im polnischen Sosnowiec lagerten, drangen nach Oberschlesien ein, verbanden sich hier mit Insurgenten und besetzten ein Teil des Gebietes. Ein deutsches militärisches Aufgebot konnte jedoch den Aufmarsch rasch beenden. Korfanty selbst widersetzte sich dem Waffengang von Anfang an.

Korfanty, der Ende Dezember 1919 von der polnischen Regierung offiziell zum Leiter der polnischen Abstimmungskampagne bestellt worden war, setzte damals alle Kräfte dafür ein, die Volksabstimmung für Polen zu gewinnen. Militärische Auseinandersetzungen in dem vom Krieg geschwächten Land hätten nicht nur die Wahlchancen vermindert, sondern auch das Wohlwollen der Alliierten für Polen verscherzt.

### **Der Abstimmungskampf**

Um die Abstimmung zu beeinflussen, setzten die Polen jedoch durch, daß der westliche, rein deutschsprachige Teil von Oberschlesien, aus dem Abstimmungsgebiet ausgegliedert wurde. Die Kreise Neisse, Grottgau, Falkenberg und die Hälfte des Kreises Neustadt wurden demnach von der Abstimmung ausgenommen.

Am 11. Februar 1920 übernahm die **Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien** unter dem französischen General **Henri Le Rond** in Oppeln die Verwaltung des Abstimmungsgebietes. Zur gleichen Zeit rückten hier französische, italienische und britische Truppen ein, um für eine friedliche Durchführung des für den 20. März 1921 festgesetzten Plebiszits zu sorgen. Das Abstimmungsgebiet gewann den Charakter eines fast selbständigen Staatswesens mit eigenen Briefmarken und besonderen Ausweisen für die Bewohner.

Das **Plebiszitkommissariat für Deutschland** - so die offizielle Bezeichnung - entstand im April 1920 mit Sitz in Kattowitz. Zum deutschen Plebiszitkommissar wurde von der Reichsregierung **Kurt Urbanek**, Bürgermeister von Roßberg bei Beuthen, ernannt. Die Aufklärungsarbeit wurde weitgehend dem **Schlesischen Ausschuß** unter **Hans Lukaschek**, Bürgermeister von Rybnik, übertragen. Leitend im Abstimmungskampf waren weiter der Führer des oberschlesischen Zentrums, **Prälat Carl Ulitzka**, **Otto Ulitz** u.a. tätig.

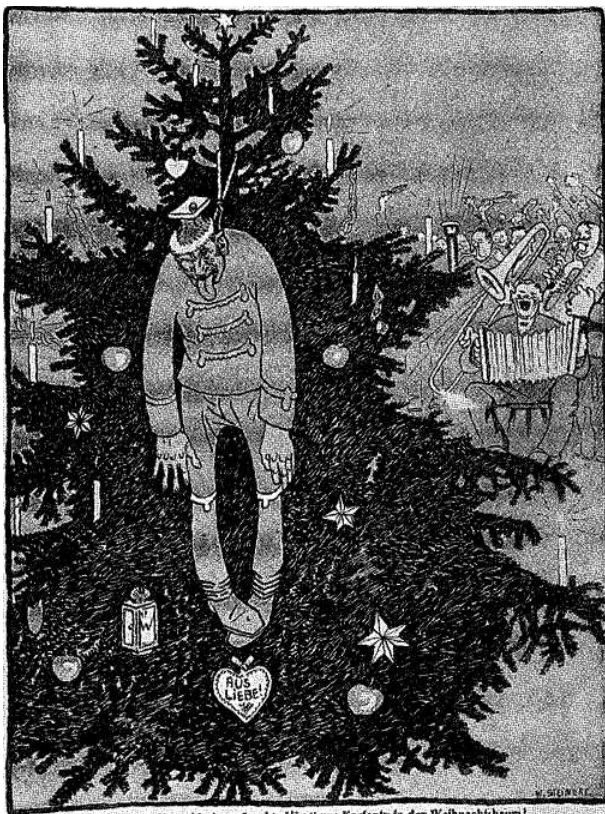
Das **polnische Plebiszitkommissariat** hatte seinen Sitz im Beuthener **Hotel Lomnitz**. Der Aufbau dieser Zentrale war äußerst aufwendig. Mit gut eintausend Beschäftigten versuchte Korfanty alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Oberschlesien zu erfassen. Diese **Miniatur einer echten Regierung**, wie das Kommissariat in einem deutschen Polizeibericht bezeichnet wurde, sollte nach der Volksabstimmung die politische Macht und die Verwaltung in Oberschlesien übernehmen. In erster Linie sollte jedoch dieser Apparat, dem weitere 2.700 Agitatoren und Anführer von Schlägertrupps in den Städten und Dörfern zur Seite standen, durch Propaganda und Terror einen Meinungsumschwung bei der Bevölkerung zugunsten Polens herbeiführen.

Da das **Hotel Lomnitz** nicht alle Mitarbeiter des Plebiszitkommissariats unterbringen konnte, wurde in Beuthen zusätzlich das **Hotel Schlesischer Hof** angemietet, in dem u.a. eine als Verband ehemaliger Kriegsgefangener getarnte paramilitärische Organisation, die **Polnische Militärische Organisation** (Polska Organizacja Wojskowa, abgek. **POW**), Unterkunft fand. Der Schlesische Hof wurde dadurch Anlaufstelle für Freiwillige aus Polen, die hier für eine eventuelle Teilnahme an einem bewaffnetem *Aufstand*, dessen Ausbruch im Falle der Wahlniederlage ins Kalkül gezogen wurde, erfaßt, militärisch ausgebildet und versorgt wurden. Die Zahl der POW- Mitglieder wird nach polnischen Angaben auf 21.000 geschätzt. Auch starke Waffen-und Munitionslager wurden von der POW angelegt.

Dem polnischen Plebiszitkommissariat fehlte es an nichts. Das Hauptquartier im Hotel Lomnitz war vorzüglich eingerichtet, besaß zahlreiche Telefonanschlüsse, den Mitarbeitern standen 45 neue Personenkraftwagen und zwölf Motorräder zur Verfügung, die Angestellten wurden gut bezahlt und im Hause beköstigt. Auch die der Beuthener Zentrale unterstellten 17 Kreisplebiszitkommissariate hatten sich in guten Häusern, vor allem in Hotels, niedergelassen.

Woher kamen die Mittel, die es Korfanty ermöglichten, seinen Abstimmungsapparat so gut zu organisieren und zu unterhalten? In erster Linie wurde die Arbeit des Kommissariats von der polnischen Regierung finanziert. Im Warschauer Verteidigungsministerium wurde hierfür eine besondere Abteilung eingerichtet, die Korfanty monatlich über fünf Millionen deutsche und fast vier Millionen polnische Mark - die Zloty-Währung gab es noch nicht - in bar bzw. in Sachleistungen zur Verfügung stellte. Beachtliche Beträge wurden dem Kommissariat auch von Organisationen bereitgestellt, die für diesen Zweck in Polen geschaffen worden waren. Ein Ende 1919 in Posen gegründetes **Komitee zur Verteidigung Oberschlesiens** (Komitet Obrony Gornego Slaska) sammelte über 46 Millionen polnische und 300.000 deutsche Mark. Das in Warschau ansässige **Komitee zur Vereinigung Oberschlesiens mit der Republik Polen** (Komitet Zjednoczenia Gornego Slaska z Rzeczpospolita Polska) finanzierte Korfantys Arbeit mit über 100 Millionen polnische Mark, ein Lodzter Verein übergab sieben Millionen Mark usw. Außerdem wurde in Polen Geld unter der Bevölkerung gesammelt, Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen bzw. Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel mit einer **Plebiszitabgabe** belegt. Auch Auslandspolen, vor allem aus den USA, spendeten für den Zweck.

Dat schönste Geschenk,



das sich Oberschlesien wünscht: Hängt uns Korfanty in den Weihnachtsbaum!

Trotz all dieser materiellen Zuwendungen und propagandistischen Hilfeleistungen (z.B. wurde das Propagandamaterial in Polen entworfen und gedruckt) befand sich Korfantys Organisation im Nachteil. Um die Wahl zugunsten Polens entscheiden zu können, bedurfte es eines großen Sinneswandels, der allein mit Geld und propagandistischer Unterstützung schwer durchzusetzen war. Deutschland verfügte in Oberschlesien immer noch über den staatlichen und kommunalen Verwaltungsapparat - nur höhere Beamte waren entfernt worden -, der, wenn auch von den Alliierten und hier insbesondere von den Franzosen gegängelt, vortrefflich funktionierte. Deutschgesinnt waren die Gemeinde- und Amtsvorsteher, die Lehrer und Förster. Die gesamte Industrie und der größte Teil der Landwirtschaft befanden sich in deutscher Hand, Intellektuelle und Kaufleute waren überzeugte Deutsche. Die oberschlesische Geistlichkeit war zwar gespalten, aber **Adolf Kardinal Bertrams** Einfluß auf die Geistlichkeit war immer noch groß. Die Chancen für die Polen die Volksabstimmung zu gewinnen standen also von vornherein schlecht, zumal es dem deutschen Plebiszitapparat auch nicht an finanzieller Unterstützung fehlte.

Aus deutschen Untersuchungen geht hervor, daß die Reichsregierung und die preußische Landesregierung in den Jahren 1920 -1922 weit über eine Milliarde Mark oder umgerechnet 68,2 Millionen Goldmark für den Wahlkampf bzw. für den Selbstschutz Oberschlesien - von dieser Organisation wird später noch die Rede sein - ausgaben. Hinzu kamen private Spenden der Industrie und Wirtschaft in beträchtlicher Höhe. Auch die Bevölkerung sammelte Geld und Sachwerte für den Zweck. Um die Not der Bevölkerung zu lindern und gleichzeitig die prodeutsche Stimmung zu stärken, wurden Lebensmittellieferungen nach Oberschlesien von der Reichsregierung bezuschußt. Die Bauern bekamen verbilligtes Saatgut, Futtermittel und Kunstdünger zugeteilt. Während im übrigen Deutschland 1920 der Mehl- und Brotpreis zweimal um je 100 Prozent angehoben wurde, geschah dies in Oberschlesien nur einmal um lediglich 50 Prozent. Auch der Bergbau wurde subventioniert, wodurch die Konkurrenzfähigkeit erhalten und die Arbeitslosigkeit verringert werden konnte. Die deutsche Presse, die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die überall in der Provinz tätigen Kultur-, Sport-, Krieger- und Landwehrvereine erhielten staatliche Zuwendungen für ihr Engagement im Abstimmungskampf. Da die deutsche Wahlkampfstrategie von sämtlichen Parteien und etablierten Gruppierungen getragen wurde, war der personelle und organisatorische Aufbau des deutschen Plebiszitkommissariats, verglichen mit dem polnischen, eher bescheiden.

Das deutsche Abstimmungskommissariat übte in erster Linie technische und politische Funktionen aus wie die Gründung von Plebiszitkommissariaten auf Kreisebene, die eng mit den örtlichen Verbänden und Vereinen, insbesondere mit dem **Verband heimattreuer Oberschlesier**, zusammenarbeitete, beaufsichtigte die Erstellung von Wahllisten usw. Vor allem jedoch koordinierte das Commissariat die Zusammenarbeit zwischen den Parteien, Verbänden und Vereinen im Wahlkampf. Wie bereits erwähnt, wurde die deutsche Aufklärungsarbeit weitgehend dem Schlesischen Ausschuß unter Hans Lukaschek übertragen. Der Sitz der Propagandazentrale befand sich in Breslau.

Wichtigstes Instrument im Abstimmungskampf war die Propaganda. Es wurden dabei alle verfügbaren Mittel eingesetzt, um den Gegner zu desavouieren und die Wähler zu gewinnen. Vor allem die Presse spielte dabei eine große Rolle. Hier befand sich die polnische Seite zunächst im Nachteil. Kurz vor Beginn des Wahlkampfes, im November 1919, wurden in Oberschlesien 66 deutsche und nur zwölf polnische Zeitungen herausgegeben, wobei die

Auflagenstärke 6 : 1 betrug.

Korfanty, der die propagandistische Wirkung der Presse zur Genüge kannte, kaufte bzw. gründete deshalb zahlreiche Zeitungen, vor allem deutsche, da der überwiegende Teil der Bevölkerung der polnischen Schriftsprache nicht mächtig war. Er hoffte auch auf Stimmen aus dem deutschen Lager.

Die Zielsetzung der polnischen Propaganda war vielschichtig. Vor allem richtete sie sich darauf, die Bevölkerung durch die Deutschland auferlegte Kriegsentschädigung zu verunsichern. Die vermeintlichen Kriegsschulden Deutschlands wurden den Wählern an Beispielen verdeutlicht: Mit den Goldstücken, die das Reich an die Siegermächte zu entrichten hatte, könne man die Staatsgrenze zweifach markieren; 5.806 Güterwaggons **echten Goldes** müsse Deutschland schon mit der ersten Rate der Kriegsschuldtilgung an Frankreich zahlen. Da dem Volk immer neue Steuern auferlegt würden, wachse die Steuerlast immer mehr. Schon jetzt gebe es 50 verschiedene Steuerarten, neue seien geplant.

Von der polnischen Propaganda wurden also die militärische Niederlage und die dadurch zu erwartenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellten Flugschriften wie **In Deutschland ewig Hunger** war zu lesen, daß als Konsequenz des verlorenen Krieges eine Hungerkatastrophe zu erwarten sei, die die Bevölkerung außer Landes treiben werde. Hingegen werde Polen im Überfluß schwelgen. Andere Schriften wiederum prophezeiten Dauerarbeitslosigkeit in Deutschland und Vollbeschäftigung in Polen.

Ein zugkräftiges Argument der polnischen Propaganda war die Ankündigung einer Bodenreform, die nach dem Abstimmungssieg durch die Enteignung der deutschen Großgrundbesitzer erfolgen sollte. Auch die Vergesellschaftung der Industrie wurde unter der Losung **Die Gruben und Hütten werden euch gehören** in Aussicht gestellt. Man versprach ferner für Oberschlesien eine weitgehende Autonomie mit eigenem Parlament. Stark betont wurde durch die Propaganda der konfessionelle Unterschied zwischen der überwiegend protestantischen Oberschicht der Provinz und dem katholischen Volk unter der Parole: **katholisch = polnisch, d.h. arm, evangelisch = deutsch, d.h. reich.**

Während die Polen fast ausschließlich das soziale Problem und das konfessionelle Bekenntnis herausstellten, betonte die deutsche Propaganda vor allem die nationale Komponente als Maßstab für die Stimmabgabe. Die deutsche Presse widersetzte sich in diesem Sinne der polnischen Agitation. Sie versuchte, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß ein Anschluß Oberschlesiens verheerende gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen haben würde. Die etablierten deutschen Zeitungen, die auch im Abstimmungskampf zunächst einen relativ sauberen journalistischen Stil beibehielten, waren jedoch Korfantys Presse, die mit Demagogie, Unwahrheit und Verleumdung operierte, agitatorisch unterlegen. Es wurden deshalb neue Zeitungen, darunter polnischsprachige, gegründet, die im Stil und Inhalt mit der gegnerischen gleichzogen.

Mit Polemik, Halbwahrheiten und auch mit Unwahrheiten wurden von diesen Blättern z.B. die im Volk vorhandenen Ressentiments neu belebt: Die Polen seien außerstande, das eigene Land zu regieren, hieß es da, sie seien unfähig zu geordneter Arbeit, faul und leichtsinnig. Der abwertende Begriff *polnische Wirtschaft* wurde oft zum Schlagwort vieler Artikel.

Bevorzugtes Objekt dieser Attacken war Korfanty selbst. Er wurde als die Verkörperung aller negativen Eigenschaften dargestellt, die den Polen zugeschrieben wurden und die man im Falle einer Wahlniederlage zu befürchten habe. Kurz vor der Abstimmung wartete man sogar mit der Falschmeldung auf, daß Korfanty aus der Plebiszitkasse Geld gestohlen habe und aus Oberschlesien verschwunden sei.

Die Reichsregierung hatte aufgrund starker Autonomiebestrebungen, die Mitte 1919 unter der Losung **Oberschlesien den Oberschlesiern** ihren Höhepunkt erreichten, eine Verwaltungsreform durchgeführt. Zum Oberpräsidenten wurde der gebürtige Oberschlesier **Joseph Bitta** berufen. Auch auf zahlreichen anderen Verwaltungsposten wurden die meist landfremden, evangelischen Beamten, durch einheimische katholische, ersetzt. Nach Ansicht vieler Oberschlesier kam jedoch dieses Entgegenkommen zu spät. Die jahrzehntelange Vernachlässigung des Landes wurde von der polnischen Propaganda überaus geschickt ausgenutzt.

Der Abstimmungskampf wurde von gegenseitigen Gewaltakten begleitet. Korfanty schuf Stoßtrupps, die sog. **bojowka poiska**, die die deutschen Oberschlesier terrorisierten. Deutsche Kommandos, genannt **Spezialpolizei**, taten das gleiche den polnischen Aktivisten an. Ende Mai 1920 überfiel eine aufgebrachte Menge das polnische Plebiszitkommissariat im Beuthener Hotel Lomnitz. Es gab Tote und Verletzte. Am 17. August desselben Jahres kam es in Kattowitz zu einer großen deutschen Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen, denen man vorwarf, die polnischen Übergriffe auf die Bevölkerung zu tolerieren. Im Verlauf dieser Protestaktion wurde der polnische, aus Kalisz/Großpolen stammende und seit 1899 in Kattowitz praktizierende Frauenarzt **Dr. Andrzej Mielecki** getötet. Dr. Mielecki war Mitglied im polnischen Plebiszitkommissariat und verantwortlich für die Ausbildung von Sanitätern der **Polnischen Militärorganisation** (Poiska Organizacja Wojskowa, **POW**).

Diese Vorfälle waren für die Polen Anlaß zur Vergeltung. Im Morgengrauen des 18. Augusts 1920 begann der sog. **zweite Aufstand**. Korfanty, der sich ihm anfangs widersetzte, beugte sich jedoch der Polnischen Militärorganisation, POW, mit Kommandositz in Sosnowiec und unterzeichnete mit ihr den Aufstandsbefehl.

Unter der Losung **Samoobrona** (Selbstverteidigung) schlugen die in Oberschlesien stationierten Freischärler mit den aus Polen eingedrungenen Einheiten der POW los. In kurzer Zeit konnten sie große Teile des Abstimmungsgebietes erobern. Lediglich größere Städte, in denen die deutsche **Sicherheitspolizei (Sipo)** bzw. alliierte Truppen stationiert waren, boten der Bevölkerung Schutz. Auf dem flachen Land jedoch waren die Deutschen den **Aufständischen** wehrlos ausgeliefert. Die Deutschen wurden beraubt, mißhandelt, ermordet. Allein in **Josefstal**, östlich von Radzionkau, wurden zehn Menschen umgebracht. Mehr als 100 Zivilisten fielen diesen Bluttaten zum Opfer, viele Hunderte wurden verletzt und verstümmelt. Brücken wurden gesprengt, Häuser niedergebrannt. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 äscherten die Freischärler 15 Gehöfte des von Protestanten bewohnten **Dorfes Anhalt** im Kreise Pleß, einer friderizianischen Gründung, ein.

Trotz dieser *Erfolge* blieb Korfanty darauf bedacht, den *Aufstand* zu beenden. Auch die Franzosen, die die polnischen Aktivitäten insgeheim unterstützten, konnten auf Dauer vor der Weltöffentlichkeit den Bruch des Versailler Friedensvertrages nicht tolerieren. Nach sechstägigen Kampfhandlungen wurde deshalb der *Aufstand* als beendet erklärt; die polnischen Truppen zogen sich über die Grenze zurück, die Freischärlerverbände lösten sich auf.

Obwohl die Polen das angestrebte Ziel, das Abstimmungsgebiet zu besetzen und dadurch das Plebiszit überflüssig zu machen, nicht erreichten, konnten sie indirekt den *Aufstand* als Erfolg verbuchen. Die alliierte Besatzungsmacht beschloß auf Korfantys Vorschlag, die Sicherheitspolizei aufzulösen und durch eine erst zu bildende **Abstimmungspolizei (Apo)** zu ersetzen. In der Übergangszeit sollte eine von den Polen geschaffene **Aufständische Bürgerwehr** (powstancza straz obywatelska) für Sicherheit sorgen.

146



Polnische Propaganda

Die danach entstandene Abstimmungspolizei, paritätisch aus Einheimischen beider Lager besetzt, wurde ihrer Aufgabe, Unparteilichkeit und Neutralität im Abstimmungskampf zu wahren, nicht gerecht, da sie auf polnischer Seite stark mit Mitgliedern der aufgelösten POW besetzt war. Der Schutz der Deutschen wurde dadurch erheblich geschwächt.



Die Zeit des Plebiszitkampfes war für Oberschlesien eine Periode schweren Leidens. Mehr als 3.000 Menschen, die Gefallenen der beiden *Aufstände* nicht mitgerechnet, kamen während des 13 Monate dauernden Abstimmungskampfes ums Leben. Da politische und kriminelle Aktionen oft ineinander übergingen, befanden sich darunter auch Opfer des gemeinen Banditentums. Die Zeit war von einer Amoralität gekennzeichnet, die die Provinz an den Rand des Abgrunds führte und die Bevölkerung über Jahrzehnte hinaus spaltete

In Oberschlesien herrschte große Hoffnung, daß die Abstimmung Ruhe ins Land bringen werde; der Terror war auf Dauer unerträglich geworden. Kaum einer ahnte, daß der mit Sorge und Spannung erwartete Abstimmungstag Auftakt zu noch gewaltsameren Auseinandersetzungen sein würde.

### **Die Abstimmung**

Der 20. März 1921 war ein sonniger und milder Vorfrühlingstag. Die Abstimmung verlief relativ reibungslos, nachdem der Terror noch bis Mitternacht gewütet hatte. Die Wahlbeteiligung war erstaunlich hoch: 1.186.374, d.h. 97,7 Prozent der Stimmberechtigten, gingen zur Wahlurne. Sowohl die Deutschen als auch die Polen gaben sich siegessicher. Am Vorabend des Plebiszits verkündete Korfanty öffentlich, daß mindestens 60 Prozent der Wähler für Polen stimmen würden. Das Ergebnis war gerade umgekehrt. Für Deutschland stimmten 707.554, d.h. 59,7 Prozent der Wähler, für Polen 478.820, d.h. 40,3 Prozent. Dieses Ergebnis wertete man angesichts der aggressiven Behinderungskampagne als großen deutschen Erfolg. Freilich war nicht zu übersehen, daß fast eine halbe Million Wähler für Polen optiert hat.

Obwohl alle Städte, mit Ausnahme der Kleinstädte Alt Berun im Kreise Pleß und Georgenberg im Kreise Tarnowitz, zum Teil sogar mit überwältigender Mehrheit für Deutschland gestimmt hatten (z.B. Oppeln mit 95,0 Prozent, Kattowitz mit 70,0 Prozent, Pleß mit 70,0 Prozent) und ebenfalls die westlich gelegenen ländlichen Gebiete ihre deutsche Haltung zum Ausdruck gebracht hatten, gab es in vielen östlich der Oder gelegenen Gemeinden polnische Majoritäten. Von insgesamt 1.510 Gemeinden des Plebiszitgebiets stimmten 834 für Deutschland und 674 für Polen. Besonders stark war der polnische Stimmenanteil in den Kreisen Pleß, Rybnik, Beuthen, Tarnowitz, Hindenburg, Kattowitz, Lublinitz und Tost-Gleiwitz.

Mit absoluter Mehrheit für Deutschland wurde in den Kreisen Leobschütz, Kreuzburg, Cosel, Rosenberg und Oppeln abgestimmt wie auch in den zum Abstimmungsgebiet zugehörigen Teile der Kreise Neustadt und Namslau. Am Beispiel des Kreises Kreuzburg, wo die Bevölkerung bei der Volkszählung von 1910 zu 53,1 Prozent Polnisch als Muttersprache angegeben hatte, stimmten nun 96,1 Prozent für Deutschland. Auch im Industriegebiet, also in den Landkreisen Kattowitz, Beuthen, Hindenburg, wurden, gemessen am deutschen Sprachanteil von 1910, vergleichsweise mehr Stimmen für Deutschland abgegeben. Trotzdem lag hier der polnische Stimmenanteil mit 45,6 Prozent über dem Durchschnitt. In diesem Ballungsraum wirkten sich die sozialen Spannungen aus, die durch das Nachkriegselend, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und nicht selten durch Hunger entstanden waren. Korfanty wußte diese Spannungen propagandistisch zu nutzen; er kündigte den deutschen *Schlotbaronen* nach dem Sieg die Enteignung an. Hier lebten aber auch die meisten gebürtigen Polen bzw. ihre Nachfahren aus dem Posener Land, dem ehemaligen Galizien oder aus dem früheren Kongreßpolen, die geschlossen für den Anschluß

Oberschlesiens an ihre Heimat votierten.

Das Abstimmungsergebnis läßt auch folgende Rückschlüsse zu: Der rein bäuerliche und wohlhabende Kreis Leobschütz, in dem bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine umfangreiche Bodenreform durchgeführt worden war, stimmte geschlossen für Deutschland. Hingegen wurde die niedrigste Stimmzahl für Deutschland in den ärmlichen, bäuerlich-industriellen Kreisen Pleß und Rybnik erreicht. Hier traten die großen sozialen Gegensätze zutage, das Großgrundbesitzertum widersetzte sich beharrlich jeglicher Agrarreform. Korfantys Verheißungen, **die Latifundien der deutschen Magnaten** zugunsten der bedürftigen Landbevölkerung aufzuteilen, wurde von vielen gutgläubig aufgenommen.

Trotz allem war auch in den Kreisen die Zahl der deutschen Votanten im Vergleich zur deutschsprachigen Bevölkerung laut Volkszählung von 1910 doppelt so hoch. Es zeigte sich also, daß entgegen der polnischen Behauptung, in Oberschlesien die Sprache kein nationales Bekenntnis war.

Ein wesentlicher Einfluß für den vielerorts für Deutschland ungünstigen Ausgang der Volksabstimmung ist dem katholischen, polnisch agierenden Klerus zuzurechnen, der besonders in den wirtschaftlich und kulturell rückständigen, mit vielen polnischen Zuwanderern vermischten Kreisen Pleß und Rybnik seit Jahren aktiv war. Die von der Kanzel und im Beichtstuhl betriebene Agitation, der weit verbreitete Wunderglaube bezüglich des Mysteriums der **Schwarzen Madonna von Tschenschow**, zu deren Gnadenbild unzählige Wallfahrten veranstaltet worden waren, die in Umlauf gebrachte Vorstellung, daß die Mutter Gottes ausschließlich Polnisch verstünde, dies alles schuf bei vielen Gläubigen ein Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem katholischen Brudervolk jenseits der Grenze, das beim Plebiszit seinen Niederschlag fand.

### In Rybnik



Warum putzt der Deutsche da noch die Fensterscheiben?

Die Poler: „Warum putzt der Deutsche da noch die Fensterscheiben? Wir werden sie ihm bald genug einschlagen!“

Bei der Betonung der konfessionellen Komponente konnten die Polen nämlich auf die Tatsache hinweisen, daß ein nicht geringer Teil der Großgrundbesitzer und fast alle preußischen Beamten Protestanten waren. Der Kulturkampf, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die katholische Kirche unterdrückte, sowie ganz allgemein die höchst ungeschickte Politik der preußischen Regierung gegenüber der zweisprachigen Bevölkerung, trugen ihre Früchte.

Während die Deutschen nach dem Abstimmungssieg die Meinung vertraten, daß Oberschlesien ungeteilt bleiben sollte, legten die Polen den Siegermächten einen als **Korfanty-Linie** bezeichneten Teilungsplan vor, der 59,1 Prozent des Abstimmungsgebietes mit 70,1 Prozent der Bevölkerung beanspruchte, obwohl nur 40,3 Prozent der Wähler für Polen gestimmt hatten. Da diese Forderung jedoch bei den Engländern und Italienern auf Widerstand stieß, griffen die Polen zunächst zum Psychoterror. Unter der Überschrift **Die oberschlesische Industrie in Gefahr! Die deutschen Schlotbarone wollen Oberschlesien vernichten!**, wurde in der Korfantyschen Presse die unglaubliche Lüge verbreitet, daß deutsche Industrielle beschlossen hätten, zahlreiche Gruben und Hütten zu vernichten. Die Zerstörung wollte man den Polen anlasten, um das Volk gegen sie aufzuhetzen und dadurch die Teilung der Provinz zu verhindern.

Dieser angebliche Enthüllungsbericht wirkte wie ein Schock. Panik brach aus. Soziale Ressentiments verwandelten sich in Nationalitätenhaß. Ein am 2. Mai 1921 ausgerufenen Streik wurde von 80 Prozent der Arbeiter befolgt. Fast alle Gruben und Hütten standen still.

### **Der dritte „Aufstand“**

Dieser Generalstreik war der Auftakt zum Überfall, der einen Tag später stattfand. Im Morgengrauen des 3. Mai, dem polnischen Nationalfeiertag, drangen reguläre Militäreinheiten über die Reichsgrenze nach Oberschlesien ein. Hier vereinigten sie sich mit Insurgentenverbänden. Der sog. **dritte Aufstand** begann, der an Härte, Grausamkeit und Terror alle bisherigen Ausschreitungen übertraf. An der Spitze stand Korfanty, der von der Warschauer Regierung mit den Vollmachten eines **Diktators** ausgestattet worden war. Obwohl die polnische Regierung vor der Weltöffentlichkeit verkündet hatte, daß sie sich von dem **Aufstand** distanzieren würde, lag auf der Hand, daß nichts gegen den Ausbruch getan wurde - ganz im Gegenteil: Die von den Franzosen zur Abwehr der sowjetischen Offensive von 1920 aufgefüllten Waffenlager standen zur Korfantys Verfügung. In Oberschlesien trafen unbehindert Panzerzüge und Munitionstransporte ein, da die deutsch-polnische Grenze, wie der Korrespondent der **Time** am 10. Mai berichtete, **so frei wie unsere London Bridge** sei. Tausende Soldaten der Haller-Armee und ehemalige Angehörige der deutschen, russischen und österreichischen Streitkräfte rückten nun nach Oberschlesien als **Aufständische** ein, um es vom **deutschen Joch** zu befreien.

Allein aus Posen kamen 2.000 Freiwillige, aus Warschau schlossen sich den Kampfeinheiten u.a. das Kadettenkorps aus Modlin und viele Hochschulstudenten an. Aus dem Krakauer Gebiet kamen 1.000 Freiwillige, darunter 40 Kadetten usw. Fast das gesamte Offizierskorps kam aus Polen; die Oberbefehlshaber der Insurgentenarmee waren gebürtige Polen: zunächst Oberst Maciej Graf Mielzynski und nachher Oberst Kazimierz Zenkteller - beide kamen aus dem Posener Land.

Die Stimmungsmache für den Anschluß Oberschlesiens an Polen wurde vor allem von der dortigen Kirchenführung betrieben. Zahlreiche Aufrufe zur materiellen Förderung dieses Zieles trafen trotz schlechter Wirtschaftslage auf Opferbereitschaft bei der Bevölkerung. Mit der Losung **Rettet Oberschlesien** wurde um Unterstützung des Annexionsplanes geworben. Die Kaufleute Posens verpflichteten sich daraufhin, einen Teil ihres Einkommens zu spenden. In Krakau wurden Sonderbriefmarken mit dem Aufdruck *Śląsk Nasz!* (Schlesien unser!) herausgegeben, deren Verkauf der polnischen Sache dienen sollte. Auf den Straßen wurde Geld gesammelt.

Insgesamt wurde Korfanty nach polnischen Schätzungen in der **Aufstandszeit** allein aus dem Posener Land an Spenden 46 Millionen polnische und fast 300.000 deutsche Mark an Bargeld wie auch ca. 400 Güterwaggons mit Kartoffeln und 1.200 Waggons mit anderen Lebensmitteln übergeben. Der größte Teil der Nahrungsmittel war für die Insurgenten bestimmt, der Rest wurde mit großer Propaganda an das Volk verteilt. Im Mai und Juni 1921 konnte man mit polnischen Fahnen versehene Züge voll quiekender Schweine im Schrittempo durch Oberschlesien fahren sehen, die der darbenenden Bevölkerung die damals gängige These: **In Polen gibt es Speck, in Deutschland nur Margarine** unter Beweis stellen sollten.

Die größte Unterstützung bekam Korfanty allerdings vom polnischen Staat. Außer der Lieferung von Waffen und anderem Kriegsmaterial in großer Menge - auch der Radiosender in Posen stand zu seiner Verfügung - wurden Korfantys Truppen 100 Millionen polnische und fast 93 Millionen deutsche Mark überreicht. Dieses Geld war in erster Linie für Soldzahlungen bestimmt, die relativ hoch angesetzt waren. So versprach man einem einfachen Soldaten für einen Zehntagesdienst 100 Mark, einem Gefreiten 120 Mark, einem Zugführer 140 Mark und einem Feldwebel 160 Mark. Der Offizierslohn lag um das Vielfache höher; so betrug der monatliche Sold eines Leutnants der Insurgentenarmee 3.180 deutsche Mark.

Sicherlich spielten bei den Freiwilligen aus Polen auch nationales Engagement, bei der oberschlesischen Abenteuerlust, Arbeitslosigkeit, aber auch nicht selten das Gefühl der sozialen Benachteiligung eine Rolle. Vor allem jedoch war es der hohe Sold, der die Teilnahme am *Aufstand* so attraktiv machte. Denn nirgendwo konnte ein Freischärler so viel Geld verdienen wie im *Aufständischenheer*, die erhoffte *Kriegsbeute* nicht mitgerechnet.

Die Polen hatten den Überfall gut vorbereitet. Das 60.000 Mann starke Heer besetzte in kurzer Zeit das beanspruchte Gebiet entlang der *Korfanty-Linie*. Die Angreifer trafen auf keinen nennenswerten Widerstand, da die deutsche Abwehr kurz davor von den Franzosen und Polen entwaffnet und aufgelöst worden war und die britischen und italienischen Truppen aufgrund ihrer militärischen Unterlegenheit den Vormarsch nicht verhindern konnten. Die starken französischen Verbände reagierten auf den Angriff kaum; sie verteidigten lediglich einige größere Städte, darunter Kattowitz, vor den Polen. Das **Oberkommando des Aufständischenheeres** (Naczelna Komenda Wöjsk Powstanczych, **NKWP**), so die offizielle Bezeichnung der Führungsmannschaft, befand sich, wie bereits erwähnt, fast ausschließlich in Händen polnischer Offiziere.

Am 5. Mai 1921 hatten die *Aufständischen* den größten Teil des Abstimmungsgebietes besetzt, einige Einheiten drangen sogar über die *Korfanty-Linie* vor. Sie wüteten wie im Feindesland. Brücken wurden gesprengt, Häuser abgebrannt. Die Leiden der Bevölkerung waren groß. Männer wurden auf das grausamste erschlagen, Frauen geschändet, Kinder mißhandelt. Es wurde gefoltert und geplündert. Vielfach wurde Geld und Kostbarkeiten von der Zivilbevölkerung unter Morddrohung erpreßt. Ein Auslandskorrespondent faßte die Lage mit den Worten zusammen: **Die Hölle ist hier los!**

Als Antwort auf diese Ereignisse beschloß die Interalliierte Kommission unter Vorsitz des Italieners **Armando de Marinis**, die Abstimmungspolizei um 3.000 Mann zu verstärken und die Bildung eines deutschen Selbstschutzes stillschweigend zu dulden. Daraufhin wurde binnen weniger Tage der **Selbstschutz Oberschlesien, SSOS**, gebildet

Der SSOS, deren Kommando anfangs **Generalleutnant a.D. Bernhard von Hülsen**, nachher **Generalleutnant Karl Hofer**, ein gebürtiger Oberschlesier aus Pleß, innehatten, war überwiegend aus bayerischen Freikorpsverbänden, wie dem **Freikorps Oberland** und der **Organisation Escherich**, genannt **Orgesch**, und nur zum Teil aus einheimischen Freiwilligen zusammengesetzt. Obwohl der SSOS zahlenmäßig den polnischen Truppen um die Hälfte unterlegen war, vermochte der - ebenfalls durch Soldzahlungen motivierte - Selbstschutz aufgrund seiner Kampferprobtheit und seiner guten Ausrüstung (die Reichswehr überließ dem SSOS Waffen und Munition im Wert von 276 Mill. Mark) in kurzer Zeit die Insurgenten aus weiten Teilen des besetzten Gebietes zurückzudrängen.

Die Ohnmacht der Reichsregierung war hierbei offensichtlich. Sie war von den Alliierten gezwungen worden, dem Selbstschutz jegliche offensive Handlung zur Befreiung der von den Polen besetzten Gebiete zu untersagen. Erlaubt war lediglich, sich gegen Angriffe der Insurgenten zu wehren.

General Hofer hielt sich an diese Anordnung nicht. Trotz strikter Anweisung zur Zurückhaltung stimmte er einem von der Führungsgruppe des Selbstschutzes ausgearbeiteten Offensivplan zur Befreiung des von den Polen besetzten Annaberges zu. **Die Erstürmung des Annaberges konnte in dieser elenden Zeit ein leuchtendes Fanal werden, durch das der erschütterte heldische Gedanke etwas aufgerüttelt wurde**, schreibt General Hofer in seinem 1938 erschienenem Werk **Oberschlesien in der Aufstandszeit**. Die strategische Bedeutung der Befreiung des Sankt Annaberges war also von eher sekundärem Gewicht, die psychologische Wirkung war wichtiger.

Der in den frühen Morgenstunden des 21. Mai 1921 begonnene Angriff wurde trotz großer Geländeschwierigkeiten und lebhafter Verteidigung ein voller Erfolg. Um 11 Uhr vormittags wehte wieder die deutsche Fahne auf dem heiligen Berg Oberschlesiens. Heftige Gegenangriffe der Polen konnten die Lage nicht mehr ändern. Die *Aufständischenverbände* begannen, sich unter dem Druck des SSOS zurückzuziehen und aufzulösen. Obwohl es in den Tagen darauf noch zu einzelnen Gefechten kam, war der *Aufstand* praktisch gescheitert.

In dieser Situation zeigte sich Korfantys diplomatisches Geschick. Er erreichte, daß die Alliierten den deutschen Truppen einen Waffenstillstand aufzwingen. Dadurch behielten die *Insurgenten* Teile des Abstimmungsgebietes unter Kontrolle. Dem Selbstschutz, der zwar nicht das gesamte Gebiet befreien konnte, gelang es immerhin durch seinen Kampfeinsatz, eine Präjudizierung der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens zu verhindern.

Die politische Zukunft Oberschlesiens sollte nun von den Diplomaten ausgehandelt werden.

### **Die Teilung Oberschlesiens**

Das oberschlesische Problem kam am 29. August 1921 auf die Tagesordnung des Völkerbundes in Genf. Die deutsche Bevölkerung war zu dieser Zeit überzeugt, daß die Angelegenheit zu ihren Gunsten gelöst werde. Man vertraute damals auf Großbritannien und insbesondere auf dessen Premierminister David Lloyd George, der die polnischen Forderungen kritisierte und eine **Fair-play-Entscheidung** für Deutschland forderte.

Noch am 22. März 1921 hatte Lloyd George erklärt: ***Ich bin der Meinung, daß das Land als Ganzes zusammenbleiben muß, und ich will auf keine Teilung eingehen, wenn ich dazu nicht gezwungen werde, aber ich habe den Eindruck, daß die Franzosen weitgehende Verpflichtungen gegenüber Polen übernommen haben.***

Die französische Diplomatie, angeführt von **Außenminister Aristide Briand**, kämpfte unvermindert für ein polnisches Oberschlesien. Die Polen taten alles, damit ihnen die Gunst Frankreichs erhalten bliebe. Nach Beendigung des *Aufstands* wurde Korfanty als Mitglied einer Wirtschaftsdelegation nach Paris entsandt, um den Franzosen die Vorteile einer Verflechtung der oberschlesischen Industrie mit dem französischen Kapital zu erläutern. Auch das andere Mitglied der Entente, Italien, wurde von den Polen umworben.

Aufmerksamen Beobachtern war allerdings nicht entgangen, daß Großbritannien ab Juni 1921 weniger hartnäckig als bislang die deutschen Interessen zu verteidigen bereit war. Auch Korfanty bestätigte dies einige Jahre später in einem Zeitungsbericht: *Wie das eben so im politischen Leben vorkommt, verbesserten sich die französisch-britischen Beziehungen. England war im Nahen Osten in Schwierigkeiten geraten und brauchte französische Hilfe. Aufgrund dessen wurde Lloyd George nachgiebiger.*

Zudem wurden den Alliierten die Auseinandersetzungen um Oberschlesien zusehends lästig. Man weite sie deshalb so rasch wie möglich beenden. Da der Oberste Rat, das Führungsorgan der Pariser Friedenskonferenz, zu keiner Einigung kommen konnte, beschloß man die Angelegenheit dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorzulegen.

Der Völkerbundsrat übertrug einem Ausschuß die Ausarbeitung eines Lösungsvorschlages. Der daraufhin erstellte Bericht widersprach der britischen und deutschen Auffassung über die Unteilbarkeit des Industriegebiets. Vorgeschlagen wurde die Ziehung einer Grenzlinie, die auch durch das Industrieviertel führte; das kohlearme Polen sollte hierbei nach Auffassung der Kommission großzügig behandelt werden.

Am 12. Oktober 1921 beschloß der Völkerbundsrat, die Empfehlung der Kommission anzunehmen. Diese Entscheidung wurde dem Obersten Rat zugeleitet, der ihr ohne Einwand zustimmte. Der Beschluß über die Teilung Oberschlesiens wurde am 20. Oktober bekannt gegeben. Ein Widerspruch war nicht möglich.

Nach dem Teilungsplan verlief die Grenze im Süden quer durch die Kreise Lublinitz, Beuthen, Hindenburg, Tost-Gleiwitz, Rybnik und Ratibor. Von den 11.008 qkm großen Abstimmungsgebiet blieben bei Deutschland 7.794 qkm (71 %), Polen bekam 3.214 qkm (29%). Von 2.212.700 Einwohnern verblieben bei Deutschland ca. 1.116.500 (etwa 54 %), Polen übernahm ca. 996.000 (46 %).

Aufgrund dieser Entscheidung mußte der wirtschaftlich wertvollste und am dichtesten besiedelte Teil der Provinz abgetreten werden. Polen erhielt 85 Prozent der ober-schlesischen Kohlevorräte und 75 Prozent der Industrieanlagen: 53 (von 67) Steinkohlebergwerken, 15 (von 19) Erzgruben, 22 (von 37) Hochöfen, 9 (von 18) Stahl- und Walzwerken und alle Zinkhütten. Die neue Grenze zerschnitt Bergwerke, 24 Eisenbahn- und Straßenbahnlinien sowie 45 Landstraßen. An der 95 km langen Grenze wurden 61 Zollstationen eingerichtet.

Das **Genfer Abkommen**, eine für 15 Jahre geschaffene Übergangsregelung, sollte die Folgen der Teilung mildern; die Alliierten waren sich darüber im klaren, daß die Entscheidung, nach der ein in Jahrhunderten gewachsener Organismus zerschnitten werden sollte, große wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen haben werde. Von den 606 Artikeln des Abkommens beschäftigten sich deshalb 345 mit wirtschaftlichen Fragen. Die Durchführung des Abkommens wurde von einer **Gemischten Kommission** unter Vorsitz des Schweizer Altbundespräsidenten **Felix L. Calonder** überwacht. Neben der Regelung der Wirtschaftsprobleme gehörte der Schutz der Minderheitenrechte in beiden Teilen Oberschlesiens zu ihren wichtigsten Aufgaben.

Am 9. Juli 1922 übernahm die deutsche Verwaltung den Teil des Abstimmungsgebietes, der Deutschland belassen wurde. Der Wechsel der Staatshoheit über den Teil Oberschlesiens, der Polen zuerkannt war, begann am 20. Juli desselben Jahres mit der Übernahme von Kattowitz.

Die Teilung Oberschlesiens führte zur Abwanderung vieler Deutscher aus Polnisch-Oberschlesien. Bis 1925 waren etwa 117.000 Personen, die nicht unter polnischer Herrschaft leben wollten oder konnten, nach West-Oberschlesien oder weiter ins Reich übersiedelt. Die Zahl der Umsiedler aus dem bei Deutschland verbliebenen Teil der Provinz nach Ost-Oberschlesien war hingegen viel geringer.

Das Urteil, daß Pfarrer Carl Ulitzka als Zentrumsabgeordneter des Deutschen Reichstages am 30. Mai 1922 sprach, ist zutreffend: **Die Entscheidung über Oberschlesien ist juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit und wirtschaftlich ein Verbrechen.** Nie hatte eine frei gewählte deutsche Reichsregierung die Teilung Oberschlesiens und die auf diese Weise widerrechtlich gezogene Grenze anerkannt. Der Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek, ein Widerstandskämpfer gegen Hitler, hat zum 30. Jahrestag der Abstimmung in Oberschlesien, 1951, mit Recht festgestellt: **Was damals an Unrecht geschah, das hat letzten Endes die Folge gehabt, daß es zum Zweiten Weltkrieg gekommen ist, denn es hatte im deutschen Volk den Glauben an die Gerechtigkeit untergraben. Die damaligen Ereignisse haben Hitler den Weg bereitet. Man darf das nicht vergessen.**

**Sigmund Karski**